

**Antrag 67/II/2025****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Koloniales Unrecht in Namibia anerkennen – Reparationen, Rückgabe und Dialog mit den Betroffenen jetzt vorantreiben****1 TW: Gewalt, Völkermord, sexualisierte Gewalt**

2

3 Zwischen 1904 und 1908 verübte das Deutsche Kaiserreich  
4 in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika einen  
5 systematischen Völkermord an den Herero und den Na-  
6 ma. Etwa 65.000 Herero und 10.000 Nama wurden ermor-  
7 det – durch Massaker, Lager, Hunger und medizinische Ex-  
8 perimente. Die koloniale Gewalt war rassistisch motiviert  
9 und wurde offen als Vernichtungskrieg geführt. Die Bun-  
10 desregierung bezeichnete im Jahr 2021 die Verbrechen als  
11 Genozid "nach heutigem Verständnis" und verabschiedete  
12 gemeinsam mit der namibischen Regierung eine "ge-  
13 meinsame Erklärung".

14

15 Dies war laut Bundesregierung keine völkerrechtliche Ent-  
16 schuldigung, sondern nur eine politische Erklärung. Ver-  
17 treter\*innen von Herero und Nama forderten bereits 2021  
18 eine völkerrechtliche Anerkennung, da rechtliche Ansprü-  
19 che auf Reparationen ansonsten nicht gegeben sind.

20

21 Diese Erklärung enthielt einige Lücken: Keine direkte Re-  
22 paration, sondern sog. Entwicklungszusagen ohne ver-  
23 bindliche Beteiligung der Opfergruppen. Außerdem ent-  
24 sprach der Umfang der über 30 Jahre avisierten Leis-  
25 tungen von 1,1 Milliarden € nicht einmal besonders ho-  
26 hen Unterstützungsmitteln. Keine konsequente Rückgabe  
27 menschlicher Überreste oder Kulturgüter, wie bereits in-  
28 tensiv in E3\_1/22 besprochen, obwohl viele davon eindeu-  
29 tig identifizierbar sind. Kein Gedenkort in Deutschland,  
30 der das kollektive Erinnern ermöglicht.

31

32 Die Herero und Nama gehören in Namibia bis heute zu  
33 den strukturell benachteiligten Gruppen, unter anderem  
34 aufgrund von Landenteignungen, fehlendem Zugang zu  
35 Bildung und fehlender politischer Mitsprache. Eine ge-  
36 rechte Erinnerungspolitik muss diese Realität anerkennen  
37 – und ihr aktiv entgegenwirken.

38

39 Im August 2004 nannte die damalige Entwicklungsmini-  
40 sterin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) die Gräueltaten  
41 von 1904 bis 1908 erstmals einen "Völkermord" und bat in  
42 Namibia um Entschuldigung. Die damalige Bundesregie-  
43 rung unter Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister  
44 Joschka Fischer ließ erklären, dass dies nur die private Mei-  
45 nung einer Ministerin sei.

46

47 Wir stehen für Menschenrechte, postkoloniale Gerechtig-

**TW: Gewalt, Völkermord, sexualisierte Gewalt**

Zwischen 1904 und 1908 verübte das Deutsche Kaiserreich  
in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika einen  
systematischen Völkermord an den Herero und den Na-  
ma. Etwa 65.000 Herero und 10.000 Nama wurden ermor-  
det – durch Massaker, Lager, Hunger und medizinische Ex-  
perimente. Die koloniale Gewalt war rassistisch motiviert  
und wurde offen als Vernichtungskrieg geführt. Die Bun-  
desregierung bezeichnete im Jahr 2021 die Verbrechen als  
Genozid "nach heutigem Verständnis" und verabschiedete  
gemeinsam mit der namibischen Regierung eine "ge-  
meinsame Erklärung".

Dies war laut Bundesregierung keine völkerrechtliche Ent-  
schuldigung, sondern nur eine politische Erklärung. Ver-  
treter\*innen von Herero und Nama forderten bereits 2021  
eine völkerrechtliche Anerkennung, da rechtliche Ansprü-  
che auf Reparationen ansonsten nicht gegeben sind.

Diese Erklärung enthielt einige Lücken: Keine direkte Re-  
paration, sondern sog. Entwicklungszusagen ohne ver-  
bindliche Beteiligung der Opfergruppen. Außerdem ent-  
sprach der Umfang der über 30 Jahre avisierten Leis-  
tungen von 1,1 Milliarden € nicht einmal besonders ho-  
hen Unterstützungsmitteln. Keine konsequente Rückgabe  
menschlicher Überreste oder Kulturgüter, wie bereits in-  
tensiv in E3\_1/22 besprochen, obwohl viele davon eindeu-  
tig identifizierbar sind. Kein Gedenkort in Deutschland,  
der das kollektive Erinnern ermöglicht.

Die Herero und Nama gehören in Namibia bis heute zu  
den strukturell benachteiligten Gruppen, unter anderem  
aufgrund von Landenteignungen, fehlendem Zugang zu  
Bildung und fehlender politischer Mitsprache. Eine ge-  
rechte Erinnerungspolitik muss diese Realität anerkennen  
– und ihr aktiv entgegenwirken.

Im August 2004 nannte die damalige Entwicklungsmini-  
sterin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) die Gräueltaten  
von 1904 bis 1908 erstmals einen "Völkermord" und bat in  
Namibia um Entschuldigung. Die damalige Bundesregie-  
rung unter Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister  
Joschka Fischer ließ erklären, dass dies nur die private Mei-  
nung einer Ministerin sei.

Wir stehen für Menschenrechte, postkoloniale Gerechtig-

keit und internationale Solidarität. Es ist überfällig, dass Deutschland Verantwortung übernimmt durch Rückgabe und Reparationen – und für eine neue Haltung im Umgang mit kolonialem Erbe. Daher fordern wir eine gerechte und umfassende Aufarbeitung des Genozids an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ (heute Namibia) ein. Dazu fordern wir:

- Eine Neuauflage und Erweiterung des deutsch-namibischen Versöhnungsabkommens unter gleichberechtigter Beteiligung von Repräsentant\*innen der Herero- und Nama-Gemeinschaften
- Anerkennung und finanzielle Reparationen über die bisherigen Entwicklungszusagen hinaus – ausdrücklich als Entschädigung für das kollektive Unrecht der kolonialen Gewalt und des Genozids
- Die systematische Rückgabe menschlicher Überreste und Kulturgüter, die sich in deutschen Museen, Universitäten und privaten Sammlungen befinden, nach Namibia – in Kooperation mit lokalen Ahnenräten, Museen und zivilgesellschaftlichen Gruppen
- Die Etablierung und Finanzierung wissenschaftlicher Austauschprogramme für Wissenschaftler\*innen aus Namibia zur Erschließung, Systematisierung und Erforschung kolonialer deutscher Sammlungen, um Restaurierungen vorzubereiten und möglich zu machen
- Die Einrichtung eines dauerhaften deutsch-namibischen Dialogforums, das die historischen Nachwirkungen des Genozids thematisiert, Versöhnungsinitiativen begleitet und konkrete Projekte (z. B. Bildungsprogramme, Gedenkorte) unterstützt
- Die Einrichtung eines offiziellen, dauerhaften Gedenkortes in Berlin, in Zusammenarbeit mit Vertreter\*innen der Herero und Nama, um die Erinnerung an den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts dauerhaft sichtbar zu machen
- Eine interne Auseinandersetzung der SPD mit ihrer eigenen kolonialen Geschichte und Mitverantwortung während des Kaiserreichs und darüber hinaus
- Eine Aufarbeitung, wieso die deutsche Bundesregierung jahrzehntelang strategisch die Frage nach Reparationen herauszögert
- Die Thematik soll in den Rahmenlehrplänen enthalten sein.
- Weiterführenden Schulen wird empfohlen eine Exkursion im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts zu Gedenkorten durchzuführen, vorzubereiten und im Unterricht nachzuarbeiten.

keit und internationale Solidarität. Es ist überfällig, dass Deutschland Verantwortung übernimmt durch Rückgabe und Reparationen – und für eine neue Haltung im Umgang mit kolonialem Erbe. Daher fordern wir eine gerechte und umfassende Aufarbeitung des Genozids an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ (heute Namibia) ein. Dazu fordern wir:

- Eine Neuauflage und Erweiterung des deutsch-namibischen Versöhnungsabkommens unter gleichberechtigter Beteiligung von Repräsentant\*innen der Herero- und Nama-Gemeinschaften
- Anerkennung und finanzielle Reparationen über die bisherigen Entwicklungszusagen hinaus – ausdrücklich als Entschädigung für das kollektive Unrecht der kolonialen Gewalt und des Genozids. Über die Verteilung der Reparationen entscheiden die Herero und Nama in Namibia selbst.
- Die systematische Rückgabe menschlicher Überreste und Kulturgüter, die sich in deutschen Museen, Universitäten und privaten Sammlungen befinden, nach Namibia – in Kooperation mit lokalen Ahnenräten, Museen und zivilgesellschaftlichen Gruppen
- Die Etablierung und Finanzierung wissenschaftlicher Austauschprogramme für Wissenschaftler\*innen aus Namibia zur Erschließung, Systematisierung und Erforschung kolonialer deutscher Sammlungen, um Restaurierungen vorzubereiten und möglich zu machen
- Die Einrichtung eines dauerhaften deutsch-namibischen Dialogforums, das die historischen Nachwirkungen des Genozids thematisiert, Versöhnungsinitiativen begleitet und konkrete Projekte (z. B. Bildungsprogramme, Gedenkorte) unterstützt
- Die Einrichtung eines offiziellen, dauerhaften Gedenkortes in Berlin, in Zusammenarbeit mit Vertreter\*innen der Herero und Nama, um die Erinnerung an den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts dauerhaft sichtbar zu machen
- Eine interne Auseinandersetzung der SPD mit ihrer eigenen kolonialen Geschichte und Mitverantwortung während des Kaiserreichs und darüber hinaus
- Eine Aufarbeitung, wieso die deutsche Bundesregierung jahrzehntelang strategisch die Frage nach Reparationen herauszögert
- Die Thematik soll in den Rahmenlehrplänen enthalten sein.
- Weiterführenden Schulen wird empfohlen eine Exkursion im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts zu Gedenkorten durchzuführen, vorzubereiten und im Unterricht nachzuarbeiten.